

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Zeitweiligen
Ausschusses zur Funktional-, Verwaltungs- und kommunalen
Strukturreform am 16.12.2003**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:30 Uhr bis 17:55 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Dieter Lehmann	CDU
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Tilo Biesecke	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Mathias Weiland	HAL
Herr Bernd Stemme	UBF
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Ralf Borries	Verw
Herr Karsten Golnik	
Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler	
Frau Silvia Jentsch	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Zusammenarbeit mit dem Saalkreis auf dem Gebiet des ÖPNV
5. Anfragen und Anregungen von Stadträten
6. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Wünscher eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Beschlussfähigkeit ist nicht gegeben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift kann mangels Beschlussfähigkeit nicht genehmigt werden und ist im nächsten Ausschuss zu genehmigen.

zu 4 Zusammenarbeit mit dem Saalkreis auf dem Gebiet des ÖPNV

Herr Roesler führt in das Thema ein.

Er informiert darüber, dass es mit Merseburg-Querfurt einen Kooperationsvertrag zur Straßenbahnbedienung gibt, auf dessen Grundlage finanzielle Ausgleichszahlungen an die Stadt Halle (Saale) geleistet werden. Eine vergleichbare Vereinbarung gibt es mit dem Saalkreis nicht.

Herr Pietsch stellt die Situation aus Sicht der HAVAG dar. Danach wird in manchen Fällen der Saalkreis über Omnibuslinien mitbedient, da entweder auf halleschem Gebiet keine Wendemöglichkeiten bestehen (so z. B. in den Fällen Peißen u. Döllnitz) oder eine sinnvolle Linienführung nur durch den Saalkreis hindurch sinnvoll ist (im Falle des Friedhofes Halle-Neustadt durch Zscherben hindurch).

Die Nahverkehrspläne sind mit dem Saalkreis abgestimmt. Es müssen sinnvolle Lösungen gefunden werden, die einerseits Mobilitätsansprüche der Einwohner und andererseits die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit berücksichtigen. Die HAVAG wird sich an der Ausschreibung des Saalkreises zum Omnibusbetrieb beteiligen.

In diesem Zusammenhang ergeben sich für die HAVAG folgende Fragen:

1. Wie positioniert sich Halle?
2. Verhindert das 2. Investitionserleichterungsgesetz aus dem Prinzip der Örtlichkeit heraus eine Beteiligung der HAVAG an der Ausschreibung?

Die HAVAG ist nicht in der Lage, einen strategischen Preis zu bieten sondern muss die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit beachten. Die HAVAG orientiert darauf, mit einem Partner zusammen zu gehen.

Die für den Saalkreis erbrachten Leistungen wurden stark eingeschränkt, erfüllen aber nach wie vor den mit dem Saalkreis abgestimmten Nahverkehrsplan.

Die Vertreter der HAVAG rechnen mit der Ausschreibung im Frühjahr. Die Vergabe der Leistung wird voraussichtlich nicht vor Ende 2004 stattfinden. Mit dem Leistungsbeginn ist Mitte – Ende 2005 zu rechnen.

Herr Lehmann fragt, in welcher Höhe die HAVAG Leistungen für den Saalkreis erbringt. Herr Girard und Herr Pietsch antworten, dass die Stadt Halle (Saale) den Saalkreis subventioniert, jedoch in einem relativ geringen Umfang (rund 4 % der Gesamtleistung des Busverkehrs). Außerdem ist zu bedenken, dass bei weiteren Einschränkungen der Linien zu Lasten des Saalkreises durch den Saalkreis Konkurrenzverkehre aufgemacht werden, die ein weitaus größeren Schaden anrichten können als die jetzige Subventionierung ausmacht.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Wünscher erklärt Herr Girard, dass als Partner auch überregional tätige Unternehmen in Betracht kommen. Herr Pietsch regt an, die Schulentwicklungsplanung auch mit der HAVAG abzustimmen, damit Schülerverkehre sinnvoll gestaltet werden können.

Herr Girard weist darauf hin, dass bis Mitte 2004 der öffentliche Personennahverkehr auf eine andere Finanzierungsform umgestellt werde. Danach muss künftig der Aufgabenträger selbst über die Verteilung der Mittel entscheiden. Auf diese Weise wolle das Land erreichen, die Aufgabenträger bei der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs mehr in die Verantwortung zu nehmen.

Her Koehn fragt nach den möglichen Synergieeffekten im Großraum Halle-Leipzig. Diese belaufen sich auf ca. 1,3 Mio. €. Teile davon sind bereits durch die Leistungseinschränkung im Saalkreis-Bereich realisiert. Herr Lehmann fragt nach den rechtlichen Möglichkeiten, den Verkauf eines ÖPNV-Betriebes zu verhindern. Dies wird einhellig verneint.

zu 5 Anfragen und Anregungen von Stadträten

Es werden keine Anfragen gestellt oder Anregungen gegeben.

zu 6 Mitteilungen

Frau Dr. Wünscher informiert über die weiteren Ausschusstermine im I. Halbjahr 2004:

**19. Februar 2004, 17:00 Uhr;
22. April 2004, 17:00 Uhr;
27. Mai 2004, 17:00 Uhr.**

Die Ausschüsse im Februar und im April überschneiden sich lediglich mit dem Gleichstellungsausschuss.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13

Dr. Ulrike Wünscher
Ausschussvorsitzende

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Kerstin Ruhl-Herpertz
Protokollführerin